## Was den Hohenzollern zusteht

ibt es Geheimverhandlungen demokratisch gewählter Regierungen mit Vertretern des einstigen Herrscherhauses der Hohenzollern? Sollen zahlreiche Kunstgegenstände aus Museen abgezogen und der Familie Preußen zurückgegeben werden? Droht der Ausverkauf der Republik? Oder handelt es sich eher um eine vor allem brandenburgische Provinzposse, die viel mit Wahlkampf zu tun hat?

Der Streit über mögliche Ansprüche der Hohenzollern hat Staub aufgewirbelt. Hier kommt vieles zusammen; zunächst handelt es sich um ein Verwaltungsverfahren, dann um einen Prozess vor dem Verwaltungsgericht, dessen Aussetzung und um Vergleichsverhandlungen mit Bund und Ländern. 1,2 Millionen Euro sollte das Haus Hohenzollern, vertreten durch Georg Friedrich Prinz von Preußen, nach einem Vorbescheid des Amts zur Regelung offener Vermögensfragen in Beeskow aus dem jahr 2014 für enteignete Ländereien erhalten. Viel Geld, aber wenn man bedenkt, dass es hier um viele Schlösser geht, eine überschaubare Summe – die sich aus dem für solche Vermögensfragen üblichen Schlüssel ergibt.

Doch zu viel war das offenbar für den damaligen brandenburgischen Finanzminister Christian Görke (Linkspartei), der das Landesamt um kritische Prüfung bat. Der Bescheid fiel anschließend für die Hohenzollern negativ aus. Fristgerecht wurde Klage eingereicht. Das Verfahren wurde dann ausgesetzt, um einen umfassenden Vergleich zu erreichen. Die Linke in Brandenburg startete kürzlich eine Volksinitiative gegen Rückgabeansprüche der Hohenzollern. Deren Rechtsanwalt Markus Hennig sagte dieser Zeitung jetzt, die Sache "wurde vielfach für Eigeninteressen missbraucht: Da gibt es die in Brandenburg abgewählte Linke, die die Menschen im Wahlkampf mit bewussten Falschinformationen für dumm verkaufte."

Ein Streitpunkt ist, dass Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage laut Gesetz nicht gewährt werden, wenn der Berechtigte oder derjenige, von dem er seine Rechte ableitet, "gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil an-

## Hat das ehemalige Herrscherhaus Ansprüche? Die Rechtsfrage ist auch ein Politikum / Von Reinhard Müller

derer missbraucht oder dem nationalsozialistischen oder dem kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder in der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet hat."

Unbestritten ist, dass Teile der Familie dem Nationalsozialismus nahestanden. Das wird auch von niemandem in Abrede gestellt. Aber hat der ehemalige Kronprinz Wilhelm dem NS-System "erheblichen Vorschub" geleistet? Dazu gibt es vier Parteigutachten: So kommt der in Cambridge lehrende Christopher Clark zu dem Schluss, Kronprinz Wilhelm "hat dem nationalsozialistischen System keinen erheblichen Vorschub geleistet. Seine Handlungen waren nicht dazu geeignet, die Bedingungen für die Errichtung, die Entwicklung oder die Ausbreitung des nationalsozialistischen Systems zu verbessern oder Widerstand gegen dieses System zu unterdrücken." Der in Edinburgh lehrende Stephan Malinowski resümiert, Wilhelm habe "durch sein in großer Stetigkeit erfolgtes Handeln die Bedingungen für die Errichtung und Festigung des nationalsozialistischen Regimes verbessert." Sein Gesamtverhalten habe der Errichtung und Festigung des Regimes "erheblich Vorschub geleistet". Wolfram Pyta aus Stuttgart meint, Kronprinz Wilhelm habe dem NS-System "keinen Vorschub geleistet. In der politisch bewegten Endphase der Weimarer Republik hat Kronprinz Wilhelm einen überaus aktiven Part bei der Verhinderung einer Kanzlerschaft Hitlers gespielt." Und Peter Brandt von der Fernuniversität Hagen kommt zu dem Schluss, es lasse sich nicht bestreiten, dass Wilhelm "stetig und in erheblichem Maß zum Übergang der Macht an die NSDAP und zu deren Festigung beigetragen hat".

"Wir begrüßen die Veröffentlichung der Gutachten", sagte Hennig jetzt dieser Zei-



Ein Streitgegenstand: Schloss Cecilienhof in Potsdam

Foto AFP

tung. Er fügt hinzu, da gebe es "zum einen diverse Historiker, die sich gerne in den Medien spreizen, auch Gutachter, und dabei über etwas redeten, wovon sie (gerichtlich mittlerweile festgestellt und untersagt) keine Ahnung hatten, und nun pikiert noch gröber draufschlagen". Zu dem ZDF-Komiker, der die Gutachten öffentlich machte, meint der Anwalt der Hohenzollern: "Böhmermann war offenbar zu faul, die Gutachten zu lesen - oder hat sie nicht kapiert." Auch wenn er die Publicity brauche, "so macht es für uns keinen Sinn, ihn deswegen zu verklagen". Denn der Inhalt der Gutachten "spricht im Ergebnis nämlich überzeugender für unsere Seite. "

Wenn auch die Preußen einen besonderen Platz in der deutschen Geschichte einnehmen und hier der Bund besonders betroffen ist, so ist ihre Auseinandersetzung mit dem heutigen Souverän über ihr Erbe keineswegs einzigartig. Bemerkenswert ist, dass andere Bundesländer, dazu gehört auch das von einem linken Ministerpräsidenten regierte Thüringen, längst ihren Frieden mit den ehemaligen Herrscherfamilien gemacht haben. In Hessen gibt es eine Hausstiftung, in Bayern den Wittelsbacher Ausgleichsfonds, dessen Erträge (in Millionenhöhe) den Angehörigen zugutekommen. Zu den Regelungen zählen, etwa in Sachsen-Anhalt, auch Nutzungsrechte für Immobilien. Ein Wohnrecht für die Hohenzollern auf Schloss Cecilienhof soll sogar die DDR erwogen haben. Das alles sind Entscheidungen des Gesetzgebers, mit denen er auch das kulturelle Erbe sichern und pflegen will.

So wie es das Recht zur Volksinitiative gibt, so wie der demokratische Souverän in Berlin und Brandenburg über einen Vergleich mit den Hohenzollern befinden müsste, so ist es auch das Recht der Familie, den Rechtsweg zu beschreiten. Es geht insgesamt um einen dreistelligen Millionenbetrag – wobei in einem jahrelangen Prozess nicht nur die Frage des "Vorschubleistens" geklärt werden müsste, sondern, welche Gegenstände tatsächlich der Familie als solcher zustehen.

Wie geht es weiter? Georg Friedrich Prinz von Preußen sagte im Gespräch mit dieser Zeitung: "Wir wollen verzichten – aber nicht auf alles." Und er fügte hinzu: "Wir sind zuversichtlich, dass wir eine alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung finden werden."